

## B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Senioren vom 21.04.2021

---

### A.       ÖFFENTLICHE SITZUNG

#### 6.       Unterbringungskonzept der Universitätsstadt Siegen: Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern sowie von Wohnungslosen und Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen in der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 311/2021

Zunächst stellt Frau Bleckmann den Ergänzungsantrag ihrer Fraktion vor und begründet ihn. Das in der Vorlage vorgestellte Betreuungskonzept werde als nicht ausreichend angesehen. Man habe es mit einem wachsenden Problem zu tun, was durch Systemsprenger noch verstärkt werde. Dies sei für ihre Fraktion Anlass festzustellen, dass ein Gesamtkonzept benötigt werde, was die Grundlage darstellen solle, um die Wohnungslosenhilfe der Universitätsstadt Siegen weiterzubringen.

Herr Dezernent Schmidt erläutert die Verwaltungsvorlage, stellt anhand einer Präsentation das Unterbringungskonzept vor und geht auf den Antrag der Fraktion Die Grünen ein. Es sei unstrittig, dass das Unterbringungskonzept zum einen die tatsächliche Unterbringung bestimmter Personengruppen als auch die Organisation der Betreuungs- und Beratungsarbeit gemeinsam mit den freien Trägern beinhalte. Im Rahmen seiner Ausführungen führt er aus, dass Notunterkünfte vorhanden seien. Auch könne man sich für Wohnungsnotfälle auf dem freien Markt bedienen und Zimmer anmieten. Darüber hinaus gebe es aber auch eine kleine Gruppe von Personen, die nicht in Gemeinschaft oder in einem normalen Wohnumfeld leben könnten, da sie aufgrund ihrer Lebensgeschichte oder psychischer Erkrankungen so auffällig seien, dass ein gemeinschaftliches Wohnen und Miteinander nicht möglich sei. Er zeigt auf, warum die Verwaltung über eigene Immobilien nachdenke, wobei es keine Festlegung gebe, ob es sich dabei um Container oder um eine eigene Wohnimmobilie handle. Fest stehe jedoch, dass eine Unterbringungsmöglichkeit für diese Personengruppe benötigt werde, ohne dass diese Gruppe eine Gefahr für sich oder andere darstelle, das sonstige gesellschaftliche Leben störe und für die Verwaltung die Handelbarkeit der Situation gegeben sei. Er bittet darum, zunächst einmal das Unterbringungs- und Betreuungskonzept an den Start bringen und umsetzen zu können und nicht gleich einen jährlichen Controllingbericht zu fordern. Die Erforderlichkeit eines solchen Berichtes sei unstrittig, aber er bitte den Ausschuss um die

nötige Zeit, das Konzept zu entwickeln und dem Ausschuss vorzustellen und die Berichterstattung erst im übernächsten Jahr zu beginnen. Derzeit sei alles im Entstehen. Im Rahmen seiner Ausführungen geht er noch kurz auf das Betreuungskonzept für Geflüchtete sowie auf die Arbeit der Fachstelle ein.

Frau König moniert, um sich strategisch aufzustellen, würden hinreichende Erkenntnisse und Daten benötigt. Dies sei in der Vorlage nur angerissen. Der Bericht mache die Schwachstellen im Bereich der Wohnungslosenhilfe nicht erkennbar und zeige nicht, wo politisch noch Nachbesserungsbedarf bestehe.

Die Idee der Containerlösung halte er nicht für glücklich, so Herr Löwenberg, er zeige aber Verständnis dafür und sehe den Handlungsbedarf. Man sei froh gewesen, die Notunterkünfte im Bereich der Fludersbach auflösen zu können, aber es könne nicht das Ziel sein, solche wieder durch die Hintertür zu schaffen. Die Präsentation zeige aber, dass man vertiefend hinschauen müsse, was das Gesundheitssystem, die psycho-soziale Versorgung bzw. die sozialpädagogische Betreuung angehe. Es gebe mehr Menschen mit psychischen Auffälligkeiten, die versorgt werden müssten und die Betreuer hätten zu viele Fälle auf einmal in Arbeit.

Die Frage, ob das Gesundheitssystem oder die Gerichte funktionieren, sei eine strategisch sozialpolitische. Die Verwaltung bade die Auswirkungen aus. Es sei manchmal nicht verständlich, warum Betreuungen nicht eingerichtet oder keine Unterbringungen vorgenommen würden, was manchmal zu SEK-Einsätzen führe, die in die Medien komme. Er stimme zu, dass man früher einsetzen müsse. Hier sei auch mit anderen Professionen eine gesellschaftlich-sozialpolitische Diskussion zu führen, so Herr Dezernent Schmidt. Erst an letzter Stelle greife das Ordnungsbehördengesetz.

Die Grundrisse der Container seien interessant. Eine Containerlösung solle jedoch die Situation der Personen nicht noch verschlimmern, in dem man sie klinisch halte, so Herr Rommel. Mit kleineren Maßnahmen könne man gestalterische Verbesserungen vornehmen, um gegensteuern zu können. Seiner Fraktion fehle das Gesamtkonzept, das die Einzelberichte zusammenfasse und abrufbar mache, um den Ist-Zustand und die Ergebnisse der getroffenen Maßnahmen sowie den Handlungsbedarf gegenüberstelle. Dazu wolle man im Stande sein.

Frau Bleckmann bietet an, das Controlling zeitlich zu schieben, um zu sehen, wie das Konzept laufe. Festhalten wolle sie an der Bestandsaufnahme der Strukturen und Prozesse zum derzeitigen Zeitpunkt mit den Fragen, mit wem werde zusammengearbeitet oder wie seien die Zahlen. Sie regt eine Vorstellung im Ausschuss durch einen Mitarbeiter des Arbeitsbereiches an. Unter der Abänderung, dass das Controlling verschoben wird, bittet sie um ein Votum des Ausschusses über den Antrag.

Die Inhalte des Antrages seien unterstützenswert und sinnvoll, so Herr Helm. Seine Fraktion hätte ein Problem damit gehabt, ein Controlling zu fordern für etwas, was gerade erst eingerichtet werde. Dem Vorschlag, dies zeitlich zu schieben, könne man folgen. Der Ausschuss sei nicht in der Lage, in die Einzelschicksale tief einzusteigen und auch die geeigneten Maßnahmen empfehlen zu können. Dies sei auch nicht Aufgabe der Politik. Die Wohnungslosenhilfe in der Stadt sei gut aufgestellt und leiste eine Menge. Die Idee der Container sei die letzte „Hängematte“, in die die Personen fallen können, wenn sie andernorts nicht mehr wohnen

könnten. Man könne mit dem Antrag mitgehen, aber auch dann, wenn er aufgrund der Ausführungen der Verwaltung zurückgezogen würde.

Herr Molzberger schließt sich seinen Vorrednern an. Er befürworte, dass der Verwaltung mehr Zeit für den Bericht eingeräumt werden könne. Seines Erachtens sei Punkt 3 des Antrages durch die Verwaltung beantwortet und er frage, ob Punkt 5 herausgenommen werden könne. Bezüglich der von Frau Bleckmann angesprochenen Vorstellung der Arbeit rege er an, auch die freien Träger mit zu berücksichtigen. Die Zusammenarbeit der Stadt mit den freien Trägern sei bei dem Thema wichtig.

Herr Grimm bittet, den Antrag zurückzuziehen und zur nächsten Sitzung neu zu stellen. Der Antrag sei kurzfristig eingegangen und habe daher erst kurz vor der Sitzung zur Verfügung gestanden. Einige Punkte seien durch die Verwaltung aufgeklärt worden, andere seien zurückgezogen worden.

Frau Bleckmann begrüßt es, dass die Wohlfahrtsverbände ihre Arbeit vorstellen. Die Punkte 3 und 5 des Antrages seien beispielhaft gemeint. Sie bittet, den Antrag zu belassen. Der Verwaltung obliege die Entscheidung, welche Statistiken vorgelegt würden.

Nach kurzer Diskussion, ob über den Antrag abgestimmt werden sollte, verliert Frau Bleckmann einen geänderten Beschlussvorschlag, der zur Abstimmung gestellt wird.

#### **Beschluss:**

⇒ *Der Ausschuss für Soziales, Familien und Seniorenfragen nimmt die vorliegende Darstellung der Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern sowie von Wohnungslosen und Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen in der Stadt Siegen als Teil des Unterbringungskonzeptes (Verwaltungsvorlage 153/2021) zur Kenntnis.*

**Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen**

**3. AfSFS 21.04.2021**

---